

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 52 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 8. Juli 1950

Seite 1

A V h Schleswig-Holstein

Vor der Entscheidung in Schleswig-Holstein

Die CDU Schleswig-Holsteins steht vor einem entscheidend wichtigen Wahlgang 316 Kandidaten, Vertreter von 9 Parteien und 2 parteilosen Gruppen, werben um die Stimmen von etwas über 1,7 Millionen Wahlberechtigten. 69 Abgeordnete sind am 9. Juli zu wählen, davon 43 im direkten Wahlgang und 23 auf der Landesliste. Die Wahlen werden darüber zu befinden haben, ob die sozialistische Herrschaft des Landes fortgesetzt werden soll, oder ob an ihre Stelle eine Mehrheit tritt, die dieser absolutistischen Herrschaft ein Ende setzt.

Die CDU hat die ihr zugewiesene Aufgabe als stärkste Oppositionspartei mit einer zähen Unnachgiebigkeit gelöst. Sie hat — angefangen beim Skandal um das Mövenhaus des früheren Ministerpräsidenten Lüdemann bis hin zu den schwerwiegenden Verfassungsverhandlungen und den Beratungen zu einschneidend wichtigen Landesgesetzen — in aller Offenheit und nachdrücklichst auf den verhängnisvollen Kurs hingewiesen, den die Landesregierung steuerte. Der Rücktritt des Herrn Lüdemann ist unzweifelhaft ein Erfolg dieser konstruktiven Opposition gewesen. Aber die CDU hat sich niemals der trügerischen Hoffnung hingegeben, daß damit die Wendemarke zu einer Besserung erreicht worden sei. Was unter der Ära des Ministerpräsidenten Dieckmann sich zugetragen hat, ist nicht weniger bedenklich. Bei der derzeitigen Zusammensetzung des Landtages konnte es ja auch nicht anders sein. Diese Mehrheit hat mit einer höchst verdächtigen Eile versucht, bis zum Ende der Legislaturperiode eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, deren Geist und Inhalt mehr dem sozialistischen Parteiprogramm als dem Willen des Volkes und der Wohlfahrt des Landes entsprach. Dieses Volk hat sich bei der Bundestagswahl mit einer überwältigenden Mehrheit für die Politik der Bundesregierung, d. h. konkret gesprochen für die von der CDU getragene soziale Marktwirtschaft ausgesprochen. Mehr als einmal hat der britische Landeskommissar die gesetzgeberische Arbeit des Landtages beanstandet. Es gibt kein Bundesland, dessen Gesetzgebung so oft zu Mängelrügen Anlaß gab wie Schleswig-Holstein. Erst vor wenigen Tagen hat die alliierte Hohe Kommission das Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 30. Mai d. J. abgelehnt.

Den stärksten Schlag gedachte die SPD-Herrschaft gegen die gesamte Opposition mit dem famosen Wahlgesetz zu führen, das mit seiner ausgeklügelten Wahlarithmetik den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit nehmen sollte, den gemeinsamen Kampf gegen die SPD zu führen. Hier war es das Gericht von Lüneburg, das die Zulässigkeit des Wahlblocks bestätigte und damit den Machthabern im Landtag wie in der Regierung eine deutliche Belehrung erteilte. Die im Deutschen Wahlblock zusammengeschlossenen Parteien — eine aus den Verhältnissen heraus bedingte Notlösung — hat den Kampf gegen die SPD mit jener Entschlossenheit geführt, die um die Bedeutung des Wahlausganges weiß.

Ausschließlich gegen die gefürchtete CDU gerichtet waren die geschickt eingefädelten Untersuchungen in Sachen „Kie-ler Nachrichten“. Es ist kein Zweifel daran erlaubt, daß diese Untersuchungen nicht geführt worden sind, um der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen, sondern in der klaren parteipolitischen Absicht, die führenden Köpfe der CDU unmöglich und damit die CDU selbst mundtot zu machen. Hinter dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß stand und steht als treibende Kraft der sozialdemokratische Justizminister Katz, der ein bestimmtes Interesse daran gehabt

hat, das Gift, das in der Landtagssitzung vom 12. Dezember v. J. verspritzt wurde, als der SPD-Abg. Pohle die Einsetzung des Untersuchungsausschusses verlangte, bis zum Wahltage weiter wirken zu lassen.

Nun stehen wir auch in diesem Punkte am Ende eines einzigartigen Verleumdungsfeldzuges. Der Oberstaatsanwalt hat nach gründlicher Untersuchung der gegen die CDU-Landtagsabgeordneten Carl Schröter, Willi Koch und Dr. Emcke erhobenen Vorwürfe dem Landesjustizminister bereits um den 20. Juni herum vorgeschlagen, das Ermittlungsverfahren einzustellen. Minister Katz hat es nicht für opportun gehalten, daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen und die Öffentlichkeit über diesen Vorgang zu unterrichten, weil er ein parteipolitisches Interesse daran hatte, die Öffentlichkeit in dem Glauben zu lassen, sie habe es in der Person der verleumdeten CDU-Abgeordneten mit üblen Verbrechern zu tun. Bis zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, hat dieser Justizminister es nicht für nötig gefunden, die politische und menschliche Ehre von schwer angegriffenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wieder herzustellen. Umso mehr erwartet die CDU von Ministerpräsident Dieckmann, daß er das nachholt, was dem Justizminister infolge Dienst- und Urlaubsreisen bisher angeblich nicht möglich war.

Die politische Entwicklung in Schleswig-Holstein hat einen Punkt erreicht, der eine klare Entscheidung des ganzen Volkes notwendig macht. Es ist klar, daß dabei die Flüchtlinge eine sehr wichtige Rolle spielen. Ihnen hat die SPD wie immer goldene Berge versprochen, aber es sind ihrer nicht wenige, die gewitzigt durch die Erfahrungen der letzten Jahre, den Glauben an Versprechungen verloren haben. Die Masse der Flüchtlinge hat längst erkannt, daß die sozialistische Herrschaft in Schleswig-Holstein das Volk nicht aus der Not und aus der Verzweiflung herausführen kann. Von ihrem gesunden politischen Urteil wird es am 9. Juli wesentlich abhängen, ob der neue Landtag jene Zusammensetzung erfährt, die die Voraussetzungen einer gesunden Landespolitik in sich trägt.

Als Vergleichsmaterial zu den Wahlen am 9. Juli bringen wir nachstehend die Ergebnisse der letzten Landtagswahl und der Wahlen vom Bundestag.

1. Landtagswahl vom 20. 4. 1947

Wahlberechtigt: 1 594 794, abgegebene Stimmen 1 113 005 = 69,8 %; davon gültige Stimmen 1 073 204, ungültige Stimmen 39 801. Es erhielten:

Partei	Stimmen	in v. H.	Sitze
SPD	469 994	43,79	43
CDU	365 534	34,06	21
SSV	99 500	9,27	6
FDP	53 359	4,97	—
KPD	50 398	4,70	—
Sonstige	34 419	3,21	—

2. Bundestagswahl vom 14. 8. 1949

Wahlberechtigt: 1 730 060, abgegebene Stimmen 1 430 905 = 82,7 %; davon gültige Stimmen 1 397 700, ungültige Stimmen 33 205. Es erhielten:

Partei	Stimmen	in v. H.
CDU	428 991	30,7
SPD	413 213	29,6
Deutsche Partei	169 333	12,1
FDP	103 475	7,4
SSW	75 387	5,4
KPD	43 770	3,1
DKP	27 100	1,9
RSF	18 164	1,3
Zentrum	12 590	0,9
Unabhängige	105 677	7,6

A V d Hessen

Volksabstimmung über die Wahlrechtsreform in Hessen

Das hessische Volk ist für den 9. Juli aufgerufen, über eine Verfassungsänderung abzustimmen. Es geht darum, ob die Bestimmung des Art. 75 weiterhin gültig sein soll, wonach der Landtag aus dem vom Volke „nach den Grundsätzen der Verhältniswahl“ gewählten Abgeordneten bestehen soll. Die CDU hat sich — und mit ihr die SPD — für eine Aenderung des bisherigen Wahlverfahrens in dem Sinne ausgesprochen, daß eine Verbindung von Listen- und Persönlichkeitswahl unter den gegebenen politischen Voraussetzungen eine zweckmäßige Lösung darstellt.

Das seitherige reine Verhältniswahlrecht mag für die Anlaufzeit im Aufbau des Staatslebens die richtige Form gewesen sein; ebenso sicher ist aber, daß das Erwachen des Radikalismus von rechts und links und das Neuerwachen von Standes- und Interessengruppen eine bedenkliche Entwicklung eingeleitet hat, die durch das starre Festhalten am Proporz-System nur begünstigt wird. Wir sind auf dem besten Wege, die Verhältnisse von 1932 wieder herbeizuführen, wo 38 Parteien und Splittergruppen um die Macht im Reichstag kämpften und damit die Katastrophenpolitik Hitlers einleiteten.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kommt es darauf an, nicht um eines Prinzips willen die Verhältniswahl als das gerechteste Wahlsystem zu feiern. Entscheidend ist vielmehr, daß klare politische Fronten geschaffen werden, die der Regierung die Möglichkeit bieten, ihre Führungsaufgabe auf der Basis einer gesunden parlamentarischen Mehrheit zu erfüllen.

Nach dieser Lösung verlangt auch die Wählerschaft. Sie will keine sturen Parteilisten, sie will politische Menschen

als Abgeordnete ihres Vertrauens. Ob allerdings nur das reine Persönlichkeitswahlrecht diese Garantien in sich trägt, wird die Zukunft erweisen müssen. Die hessischen Koalitionsparteien haben sich in Anlehnung an das Wahlverfahren für den Bundestag für ein gemischtes Wahlsystem entschieden. Kommt das Verhältniswahlrecht am 9. Juli zu Fall, dann fällt damit auch die Bestimmung des Art. 137 der hessischen Verfassung, nach dem die Grundsätze des Landtagswahlrechts auch für die Gemeinde- und Gemeindeverbandswahlen gelten.

Es ist begreiflich, daß die radikalen Gruppen von rechts und links, aber auch die vielen anderen Splittergruppen, die von der Fünfprozentklausel nicht ohne Grund befürchten, daß sie von der Bildfläche verschwinden, sich gegen die Verfassungsänderung zur Wehr setzen. Diese Gruppen führen den gemeinsamen Kampf gegen die Koalitionsparteien und die FDP, wobei man den Kommunisten Carlebach Arm in Arm mit dem SS-Priester sehen kann. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Gruppen die Volksabstimmung sehr ernst nehmen. Bei den Befürwortern der Verfassungsänderung kann man nicht überall die gleiche Aktivität feststellen. Aller Voraussicht nach muß daher mit einer schwachen Wahlbeteiligung gerechnet werden.

Die CDU tritt mit aller Entschiedenheit für die Wahlrechtsreform ein. Sie will einen gesunden demokratischen Aufbau des Staates; sie will, daß nur wirklich politische Kräfte und keine Hasardeure und Interessenvertreter das Schicksal Hessens bestimmen. Jede Wahlenthaltung stärkt den Gegner. Darum lautet die Parole in letzter Stunde: Alles geht zur Wahl — alles stimmt mit Ja!

A V e Niedersachsen

Noch einmal: Der Fall Gereke

Das Sekretariat der niedersächsischen CDU teilte am 2. Juli mit, daß von einer Austrittsbewegung aus der CDU keine Rede sein könne. Das Sekretariat wandte sich damit gegen die Äußerung Dr. Gerekes, der gesagt hatte, daß sein Ausschluß bereits zu vielen Austritten aus der CDU geführt habe. Lediglich der von Dr. Gereke seinerzeit zu der Tagung der Sowjetzonen-Landwirtschaft nach Eisenach entsandte Assessor Fitzner, gegen den ein Ehrengerichtsverfahren wegen Teilnahme an dieser getarnt kommunistischen Tagung schwebt (vergl. Nr. 51 v. 5. Juli) hat am 1. Juli seinen Austritt aus der CDU erklärt. Der Landesflüchtlingsausschuß der CDU, der am 1. Juli in Hannover tagte, billigte einmütig das von der Landtagsfraktion Dr. Gereke ausgesprochene Mißtrauen und seinen Ausschluß aus der CDU. Dr. Gereke will trotz seines Ausschlusses sein von der CDU erhaltenes Landtagsmandat beibehalten.

Mit der Entscheidung des Zonenehrengerichtes vom 29. Juni hätte der Fall Gereke eigentlich seinen Abschluß finden und man hätte es dabei bewenden lassen können. Nun hat aber Dr. Gereke in Bonn in zahlreichen Gesprächen mit Journalisten dem Spruch eine Deutung gegeben, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Dr. Gereke erklärte, er sei wegen der Verhandlungen um den Absatz niedersächsischer Konserven in der sowjetisch besetzten Zone ausgestoßen worden. Diese Version wurde von Zeitungen und Rundfunksendern durchweg gutgläubig übernommen, zumal das Ehrengericht die Entscheidungsbegründung nicht bekanntgegeben hatte. Aus Loyalitätsgründen hält das Ehrengericht mit der Veröffentlichung zurück, bis die Begründung sich in den Händen Dr. Gerekes befindet.

Wir sind in der Lage erklären zu können, daß die Verhandlungen über die niedersächsischen Konserven nicht das Argument für den Ausschluß gewesen sind. Das Ehrengericht war objektiv genug anzuerkennen, daß rein wirtschaftliche Verhandlungen mit Stellen der Sowjetzone im normalen Geschäftsgang nicht zu beanstanden seien.

Tatsächlich ist der Ausschluß erfolgt, weil Dr. Gereke aktives Mitglied des sogenannten Gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft (Eisenacher Kreis) war und geblieben ist, obwohl für den Beschluß des Zonen-

ausschlusses am 8. Mai gerade dieser Tatbestand mitentscheidend war, was auch Dr. Gereke genau bekannt ist. Bei den Verhandlungen Dr. Gerekes mit Ulbricht und anderen politischen Persönlichkeiten der sowjetisch besetzten Zone aber war die Verwirklichung der Beschlüsse dieser SED-Hilfsorganisation Hauptgegenstand der Beratungen, die auf der Tagung des Eisenacher Kreises in Frankfurt von mehreren Teilnehmern an den Verhandlungen übereinstimmend bekannt wurden. Durch seine Verhandlungen hat Dr. Gereke der sowjetischen Propaganda Material für ihre These geliefert, die sowjetisch besetzte Zone müsse der darniederliegenden westdeutschen Wirtschaft Hilfestellung leisten. Tatsächlich hat Ulbricht die Verhandlungen Dr. Gerekes sehr intensiv zur Straffung der sowjetischen Propaganda benutzt. Dies ist nicht nur eine Schädigung der Partei, sondern eine Sabotage der Politik der Bundesregierung.

Ferner hat Dr. Gereke gegen sein eigenes schriftliches Versprechen gegenüber dem Zentrallausschuß und der Fraktion der CDU in Hannover verstoßen, worin er zusagte, seine Politik gegenüber dem Osten zu ändern, insbesondere aber die Politik der CDU in dieser Frage zu respektieren. Dieser Verstoß lag zwar der Entscheidung des Ehrengerichtes nicht ausdrücklich zugrunde, dürfte sie aber gewiß beeinflußt haben.

Es ist im allgemeinen nicht unsere Art, abgeschlossene Parteiverfahren in dieser Breite zu behandeln. Wir sind aber dazu gezwungen, weil die Erklärungen Dr. Gerekes geeignet sind, das tatsächliche Bild seines politischen Handelns zu verfälschen. Gerade in der Politik gegenüber dem Kommunismus und seinen Helfershelfern ist Klarheit am dringendsten vorzuziehen. Diese Vernebelung von Tatbeständen nutzt nur den Machthabern im Osten. Dr. Gereke hat durch seine Beziehungen zu den Kreaturen Karlshorst lange genug die Interessen der Ostvertriebenen, der politischen Flüchtlinge, der Menschen in der sowjetisch besetzten Zone und auch der Bevölkerung Westdeutschlands gefährdet, so daß seine Ausschaltung aus dem politischen Leben dringend geboten erscheint.

C d Junge Union**Internationale Zusammenarbeit christlich-demokratischer Jugend**

In Paris tagte vom 28. bis 30. Juni das Exekutivkomitee der Jüngeren Organisationen der Christlich Demokratischen Parteien Europas, um sich in einer eingehenden Aussprache mit dem Schuman-Plan zu befassen. Die Junge Union Deutschlands war durch Bundessekretär Ziegler vertreten. Insbesondere wurden die politischen und sozialen Aspekte des Schuman-Planes behandelt, der nach einmütiger Auffassung die erste Etappe auf dem Wege zur Einheit Europas sein muß. Das Exekutivkomitee gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ohne Verzögerung gehandelt werden müsse und daß es besonders an den Christlich Demokratischen Parteien Europas sei, die Initiative zu ergreifen, um durch gesamteuropäische, politische Impulse und politische Fakten die Wirtschaftsverhandlungen zu beeinflussen und zu beschleunigen. Die Jüngeren-Organisationen der Christl. Demokr. Parteien wünschen diese Initiative auch im Hinblick auf die Stärkung des Europagedankens innerhalb der europäischen Jugend, an deren „Willen zu Europa“ die Staatsmänner nicht werden vorbeigehen können. Ein Antrag der Jungen Union Deutschlands, der von den österreichischen und saarländischen Delegierten unterstützt wurde, fand einstimmige Annahme und wurde an das Exekutivkomitee der NEI, das am 1./2. 7. 1950 in Brüssel tagte, gegeben. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„In der Erkenntnis, daß der Schuman-Plan nur dann zu seinem politischen Hauptziel der Befriedung und Stabilisierung Europas

führen kann, wenn es gelingt, die Völker Europas für dieses Ideal zu gewinnen und die psychologischen Hemmnisse vor allem in den Industriegebieten zu überwinden, bittet die Jüngeren-Section der NEI das Exekutivkomitee, seine besondere Aufmerksamkeit auf die Gewinnung der Jugend für die Europa-Idee zu richten, und die Bereitstellung von Mitteln ins Auge zu fassen, um die Jugend auch durch übernationale Jugendkundgebungen psychologisch in der Hoffnung auf das Gelingen der europäischen Einheit zu stärken und ihr die nötigen Impulse zu geben, durch die es möglich sein wird, die politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen zu befruchten und zu beschleunigen.“

Das Exekutivkomitee der NEI wurde aufgefordert, diese Resolution an die Parteien der einzelnen Länder zu geben.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde beschlossen, den diesjährigen Jahreskongreß der Jüngeren-Organisationen der NEI im Monat September in Konstanz/Bodensee abzuhalten. Dieser Kongreß wird unter den Themen stehen: „Die Gemeindefreiheit als Staatsgrundlage“ und „Die künftige Verfassung Europas“. Damit wird zum ersten Male ein internationaler parteipolitischer Jahreskongreß auf deutschem Boden stattfinden und sich mit Themen befassen, die zu den Grundanliegen der Jüngeren Generation Europas gehören und für deren Verwirklichung sie sich einsetzt.

A III 1 a CDU/CSU**Nicht einig mit Abgeordneten Mehs**

Die Versammlung des CDU-Kreisvorstandes und der Vertrauensleute des Kreises Wittlich vom 28. Juni hat sich um der engen landsmannschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen willen, die die Bewohner des Grenzlandkreises mit den Deutschen an der Saar verbinden, mit dem Problem des Eintritts der Bundesrepublik in den Straßburger Europarat und mit der Stimmhaltung des CDU-Bundestagsabgeordneten Mehs bei der Abstimmung im Bundestag eingehend beschäftigt. Die Versammlung kam einstimmig zu der Auffassung, daß durch eine europäische Zusammenarbeit im Europarat und am Schumanplan am ehesten zu hoffen ist, auch für die Deutschland und Frankreich heute noch trennende Saarfrage eine gerechte Lösung zu finden. (Vergl. Nr. 48 vom 24. 6. 1950.)

A III 6 Europäische Zusammenarbeit**Die Delegation für Straßburg**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschloß in einer Sitzung am 28. Juni, daß der Bundestag grundsätzlich über die Zusammensetzung der deutschen Europarat-Delegation entscheiden soll. Bei der Auswahl der Delegationsmitglieder soll jedoch auch die Möglichkeit bestehen, Vertreter des Bundesrates und anderer Körperschaften nach Straßburg zu entsenden. Die CDU/CSU beabsichtigt, eine entsprechende Aenderung des kürzlich gefaßten Bundestagsbeschlusses herbeizuführen, wonach die deutsche Vertretung im Europarat nur aus Mitgliedern des Bundestages bestehen soll.

C b Landesparteien**Exilvorstand der Ost-CDU**

Unter dem Vorsitz von Jakob Kaiser tagte in Bonn der auf dem letzten legalen Parteitag im September 1947 frei gewählte, durch Eingriff der sowjetischen Besatzungsmacht gegen den erklärten Willen der Parteimitglieder ausgeschaltete geschäftsführende Vorstand der CDU in der sowjetischen Besatzungszone. Es wurde beschlossen, die politische Arbeit planmäßig zu verstärken, getragen von der inneren Zustimmung der aufrechten christlichen Demokraten, die sich dem Druck der kommunistischen Diktatur nicht gebeugt haben. Der mit der gesamtdeutschen CDU/CSU verbundene legale Vorstand wird die erforderlichen Maßnahmen treffen, um im Geiste der echten Union die nationalen und politischen Interessen der Bevölkerung im sowjetischen Besatzungsbereich wahrzunehmen und damit der Wiedervereinigung Deutschlands zu dienen.

A IV 4 b Produktion**Arbeitskräfte für die Landwirtschaft**

In der westdeutschen Landwirtschaft fehlen zur Zeit mehr als 200 000 Arbeitskräfte. Der Mangel hat sich seit der Währungsreform laufend vergrößert. In einer CDU-Interpellation wird die Bundesregierung ersucht, darüber Auskunft zu geben, welche Maßnahmen sie zu treffen gedenke, um die fehlenden 200 000 Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen und was sie zu tun beabsichtige, um die Landwirtschaft von der Zahlung der für sie als unnötig empfundenen Arbeitslosenversicherung zu befreien.

A IV 4 b Produktion**ERP-Kredite für die Landwirtschaft**

Abgeordnete der CSU haben im Bundestag einen Antrag eingebracht, durch den die Bundesregierung ersucht werden soll, sofort Verhandlungen aufzunehmen, damit die für 1950 vorgesehenen ERP-Kredite für die Molkereiwirtschaft von 15 auf 25 Mill. DM erhöht werden und verbilligte ERP-Kredite in Höhe von 50 Mill. DM zur Verfügung gestellt werden, damit durch die Raiffeisen-Genossenschaften in den Landgemeinden Gemeinschaftswaschanlagen in erster Linie zur Entlastung der Arbeit der Bauersfrau errichtet werden können.

A IV 7 c Wohnungsbau**Mittel für den sozialen Wohnungsbau**

Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion haben im Bundestag einen Antrag eingebracht, durch den die Bundesregierung ersucht wird, die ERP-Mittel für die ersten Hypotheken für Bauvorhaben im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues den Länderverwaltungen zur Verfügung zu stellen, um dadurch eine bessere Koordinierung der Bundesmittel für die ersten Hypotheken und der staatlichen finanziellen Mittel für die zweiten Hypotheken zu gewährleisten.

A IV 1 e Schulwesen**Schulspeisung auch für Studenten**

Bundesernährungsminister Prof. Niklas hat die CDU/CSU-Fraktion auf eine Anfrage von der Absicht unterrichtet, auch bedürftige Studenten an einer künftigen Schulspeisung zu beteiligen. Zur Zeit werde zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Bundesministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten über die Schulspeisung verhandelt. Die dafür bisher verwendete amerikanische Trokenmilch soll künftig durch Frischmilch ersetzt werden.

A V m Länderneugliederung**Zuerst: Die Einheit der Union**

Auf der Generalversammlung der CDU Baden-Baden gab Landesvorsitzender Dichtel die Erklärung ab, daß die Südweststaatsfrage die Einheit der CDU unter keinen Umständen erschüttern dürfe. Die Union stehe zu hoch, als daß sie über diese Frage Belastungen ausgesetzt werden dürfe. Dichtel widersprach entschieden den Gerüchten, nach denen es wegen der Südweststaatsfrage zu Differenzen im Landesvorstand gekommen sei. Richtig sei, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei in allen Sitzungen gewahrt wurde. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß es in der CDU Südbadens zwei entgegengesetzte Auffassungen gibt. Die Partei habe die Neutralität in der Südweststaatsfrage beschlossen. Auch der „kleine Parteitag“, der für den 30. Juli anberaumt ist, und auf dem über die künftige Haltung in der Südweststaatsfrage entschieden werden soll, werde kein Prüfstein für die Geschlossenheit der Partei werden.

C b Landesparteien**Ausschußarbeit in Hessen**

In Verfolg der Neuwahlen des Landesvorstandes mußten die Ausschüsse des Landesverbandes neu besetzt werden. Zum Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses wurde Dr. Florian, Frankfurt, zum Stellvertreter Ernst Leitz jun., Wetzlar, zum Schriftführer Hans Albrecht, Frankfurt, gewählt. Der neue Vorstand des Kulturpolitischen Ausschusses setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Oberreg.-Rat Rieser, Kultusministerium Wiesbaden, Dr. Hans Wagner, Heppenheim und Rektor Dietrich, Kassel, als Stellvertreter. In der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses erstattete Kultusminister Dr. Stein einen umfassenden Bericht über die schulpolitische Situation in Hessen. Der Ausschuß billigte die Pläne und Absichten in vollem Umfange und sprach dem Minister für die tatkräftige Arbeit Dank und Vertrauen aus.

A V b Bremen**Bremens SPD gegen Verfassungsänderung**

Ein Sonderausschuß der Bremer Bürgerschaft lehnte einen CDU-Antrag ab, wonach in die Verfassung des Landes Bremen eine Bestimmung aufgenommen werden sollte, die eine Selbstauflösung des Landesparlaments ermöglichen würde. Für den Antrag stimmten die CDU und die DP, dagegen SPD und BDV (FDP). Außerdem wurde ein CDU-Antrag abgelehnt, wonach eine Verfassungsänderung nicht nur bei Einstimmigkeit, sondern bereits mit den Stimmen von nur 75 der insgesamt 100 Abgeordneten möglich sein sollte. Danach wird vor der 1951 fälligen Neuwahl der Bremer Bürgerschaft keine Aenderung der Landesverfassung vorgenommen werden.

A V b Bremen**Aktive CDU in Bremen**

Auf Antrag der CDU ersuchte die Bremer Bürgerschaft den Senator für Justiz und Verfassung, den Generalstaatsanwalt in Bremen um Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Zollvergehens, begangen durch eine bremische Speditionsfirma, zu bitten. Der Sprecher der CDU wies in der Begründung darauf hin, es sei im Hinblick auf die Größe der Schmuggelaffäre — es handelt sich um 25,3 Millionen Zigaretten — nicht anzunehmen, daß die Angelegenheit durch die Amnestie erledigt sei. Der unabhängige Senator Nolting-Hauff erklärte dagegen, man könne nicht die Firmen wegen der Vergehen ihrer Angestellten in den Konkurs treiben. Daher habe sich die Finanzverwaltung mit der Zahlung eines Betrages einverstanden erklärt, der für die Firma gerade noch tragbar sei. Für den Antrag der CDU sprachen sich außer der SPD auch die BDV und die KPD aus. Ein weiterer Antrag der CDU, undemokratischen Gruppen die Durchführung von Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden zu verwehren, wurde dagegen trotz eingehender Begründung durch Abg. Müller-Hermann abgelehnt.

A V d Hessen**Wahlrechtsreform in Hessen**

Die hessischen Koalitionsparteien, CDU und SPD, beabsichtigen, noch vor der für den 9. Juli angesetzten Volksabstimmung über die Aenderung der Verfassungsbestimmungen über das Wahlrecht den Entwurf eines Wahlgesetzes vorzulegen, um zu bekunden, daß sie sich durch die Volksabstimmung nicht eine Blankovollmacht für irgendeine Wahlrechtsreform geben lassen wollen. Der Entwurf sieht vor, daß die Zahl der Abgeordneten von 90 auf 80 herabgesetzt wird, von denen 60 % (48) in direkter Wahl gewählt und 40 % (32) aus den Landesergänzungslisten bestimmt werden sollen. Die Kreiswahlvorschläge für die direkt zu wählenden Kandidaten sollen von einem Prozent der Wahlberechtigten, mindestens aber von 500 Wählern des Wahlkreises eigenhändig unterschrieben sein. Kandidaten von Parteien, die bereits im Landtag vertreten sind, benötigen nur die Unterschrift von drei Mitgliedern der Landesleitung der Partei. Landesergänzungsvorschläge können nur die Parteien und Gruppen einreichen, die in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt haben. Die Verbindung von Wahlvorschlägen mehrerer Parteien oder Gruppen ist nicht gestattet. Parteien und Gruppen, die weniger als 5 % aller im Lande abgegebenen Stimmen erhalten, sollen bei der Zuteilung von Mandaten aus den Landesergänzungsvorschlägen nicht berücksichtigt werden.

C d Junge Union**7. Landtag der JU Hessen**

Am 24./25. Juni fand in Wiesbaden-Frauenstein unter dem Vorsitz des Landesleiters MdB Willi Massoth der 7. Landtag der JU Hessen statt, der von 60 stimmberechtigten Delegierten und zahlreichen Gästen besucht war. Zu dem Thema „Europa — Utopie oder Wirklichkeit?“ sprachen Chefredakteur Dr. Heinrich Bauer, Viernheim, und MdB Graf Spreti, Lindau. Landesleiter Massoth berichtete über die Arbeit des Bundestages, der hessische Landesvorsitzende Dr. Hilpert über Fragen der hessischen Innenpolitik. Die Delegierten befaßten sich weiterhin mit der Nominierung der JU-Vertreter für die hessische CDU-Landtagswahl-Kandidatenliste und mit der Vorbereitung der Landtagswahlen. Zum stellvertretenden Landesleiter wurde der bisherige Schriftführer des Landesvorstandes, K. W. Buchenau, Kassel, einstimmig gewählt. An seine Stelle tritt als Schriftführer Barentin, Wiesbaden. Zu Landesfrauenbeauftragten wählten die Delegierten Frau Dr. Dr. Schönefeld, Frankfurt und Frau Reinhard, Darmstadt.

C d Junge Union**JU für europäische Landwirtschaftskommission**

Anläßlich des 7. Landestages der JU Hessen am 24./25. Juni wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Gemäß ihren agrarpolitischen Grundforderungen erwartet die Junge Union vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Professor Dr. Niklas, daß er sich — wo immer möglich — für die Bildung einer europäischen Landwirtschaftskommission einsetzt

Innerhalb Westeuropas hängt unser Schicksal und das Schicksal des Landvolks von der Ordnung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Märkte, sowie von einer richtigen Verwertung und Bewertung der Produktion ab.

Die Junge Union erwartet im Interesse von Erzeuger und Verbraucher, eine baldige und gemeinsame Initiative von Fachministerien und berufsständischen Organisationen.“

C d Junge Union**Arbeitsgemeinschaft demokratischer Parteijugend**

Unsere Notiz über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft demokratischer Parteijugend in Nr. 50 vom 1. Juni ist dahin richtigzustellen, daß diese Arbeitsgemeinschaft auf einen gemeinsamen Beschluß der Jungdemokraten und Jungsozialisten von Württemberg-Baden und der Jungen Union von Nordbaden und Nordwürttemberg zurückgeht. Die Anregung zu diesem Vorgehen ist von der JU Nordwürttemberg ausgegangen, die für das erste Quartal den Vorsitz innerhalb der Arbeitsgemeinschaft führt.

Wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung ist die Bekämpfung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalistenklasse. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...

C 4 Junge Union

Die Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...

C 4 Junge Union

Die Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...

C 4 Junge Union

Die Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...

Wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung

A 4 V 4 Bremen

A 4 V 4 Bremen

Die Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...

C 4 Junge Union

Ausschubder in Hessen

Die Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...

A 4 V 4 Bremen

Bremens SPD gegen Verfassungsänderung

Die Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...

A 4 V 4 Bremen

Aktive CDU in Bremen

Die Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung muss sich für die Forderung der Achtstundentagsarbeit einsetzen...